

### Jude Howell: China opens its doors - The politics of economic transition

New York u.a.: Harvester Wheatsheaf, 1993, 273 S.

Im Mittelpunkt der 1993 veröffentlichten Arbeit von Jude Howell steht die Öffnung Chinas in Richtung auf die kapitalistisch geprägte Weltwirtschaft. Hierbei geht es dem Autor um die politische Dimension der im allgemeinen meist aus ökonomischem Blickwinkel betrachteten Öffnungspolitik, die er als die Gesamtheit der politischen Maßnahmen definiert, die die reformorientierte Führung der Volksrepublik seit 1978 getroffen hat, um die wirtschaftlichen Beziehungen mit der kapitalistischen Weltwirtschaft auszubauen. Bei der vorliegenden Betrachtung der Öffnungspolitik stehen zwei Fragen im Vordergrund: Bis zu welchem Grad ist die Öffnungspolitik politisch bestimmt? Und: Welches sind die soziopolitischen Folgen dieser Öffnung und in welchem Ausmaß hindern oder fördern sie diese?

In einem einführenden Kapitel wird zunächst auf die verschiedenen politischen, sozioökonomischen und regionalen Gruppierungen eingegangen, deren spezifische und unterschiedliche Interessen für den Prozeß der Öffnung eine Rolle spielen und ihn in seiner Richtung und Geschwindigkeit wesentlich beeinflussen:

- An erster Stelle steht hier die Parteiführung, die in unterschiedliche Lager unterteilt werden kann, je nachdem, was hinsichtlich Ausmaß, Richtung und Wesen der außenwirtschaftlichen Beziehungen vertreten wird.
- Als nächstes nennt Howell die staatlichen Institutionen, bei denen die Verschiebung des Schwerpunktes von der Politik zur Produktion eine zunehmende Polarisierung erzeugt hat. Institutionen, die einst ideologische Autoritäten verkörperten, werden mehr und mehr zurückgedrängt.
- Die Öffnungspolitik hat nicht nur Spannungen zwischen Institutionen, sondern auch innerhalb dieser erzeugt. Die Bevorzugung von Technokraten drängt die "Politokraten" allmählich zurück; der alte Widerspruch von "Experte" und "Rot" wird inzwischen zugunsten der Experten gelöst, und außerdem steht die Trennung von politischen und wirtschaftlichen Funktionen auf der Tagesordnung.
- Auch der Industriebereich, wo der Schwerpunkt von der Schwer- auf die Leichtindustrie und hier besonders auf die exportorientierten Unternehmen verlagert worden ist, ist gespalten. Gleichzeitig fühlt sich die gesamte Industrie bei einer weiteren Öffnung von ausländischen Importen bedroht.
- Ein weiterer Faktor ist die Armee, deren Bedeutung sich bereits durch Ausschaltung maoistisch orientierter Armeeführer und Reduzierung der Truppenstärke durch Deng Xiaoping verringert hat. Hier herrscht inzwischen ein Trend zur Modernisierung durch Importe und die allmähliche Hinwendung der militärisch orientierten Industrien zur Produktion für den Zivilsektor.
- Hinzu kommen außerdem unterschiedliche regionale Interessen, die durch die im Rahmen der Öffnungspolitik erfolgte finanzielle und politische Begünstigung der Küstenregion entstanden sind.
- Als letztes werden die ausländischen Investoren genannt, deren Interessen von der chinesischen Führung zunehmend berücksichtigt werden müssen, u.a., weil die Zahl ausländisch investierter Unternehmen in der Volksrepublik ständig zunimmt.

Nach seiner Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der Öffnungsperiode kommt Howell zu dem Ergebnis, daß das Hauptproblem der VR im ökonomischen Bereich darin besteht, die widersprüchlichen Ziele Dynamik auf mikroökonomischer Ebene und Stabilität im makroökonomischen Bereich in einer halbreformierten Wirtschaft auszubalancieren. Dabei bewegt sich die Öffnungspolitik wesentlich in einem Kreislauf von Dezentralisierung, wirtschaftlichem Chaos, Rezentralisierung und Stagnation.

Addiert man zu diesem ökonomischen Kreislauf als weiteren Faktor die verschiedenen Interessengruppen mit ihrem Einfluß auf politische Entscheidungen in der Führung, so ergibt sich eine Spirale mit Auf- und Abschwüngen, deren Dynamik einer politischen und wirtschaftlichen Logik unterliegt. Es ist eine Spirale, deren Schwünge sich mit jeder Bewegung nach oben ausweiten, was eine immer größere Öffnung bedeutet und aufgrund der zunehmenden Integration in die Weltwirtschaft und der wachsenden Anzahl derjenigen, die davon profitieren, einen Rückzug aus dieser Politik wirtschaftlich und politisch immer schwieriger werden läßt.

In zwei Kapiteln schildert Howell nun ausführlich die spiralförmige Aufwärtsbewegung der Entwicklung der Öffnungspolitik in sechs Hauptzyklen von 1978 bis zum Jahre 1992. Jeder Einzelzyklus hat dabei Veränderungen der Politik hinsichtlich deren Form, Logik, Ausmaß und Richtung bewirkt und führte zu weiterer Ausdehnung und Vertiefung der Öffnungspolitik insgesamt. Der 14. Parteitag (1992) mit seinem Beschluß einer "sozialistischen Marktwirtschaft" war ein weiterer Schritt in diese Richtung.

In einem weiteren Kapitel beschäftigt sich Howell eingehend mit der Sonderwirtschaftszone Xiamen, um an ihr die spiralförmige Dynamik der Öffnungspolitik auf regionaler Ebene deutlich zu machen. Wenn die Umsetzung von Reformen bis 1981 wegen personeller Verkrustung auch verlangsamt vor sich ging, so führte die traditionelle Offenheit der Provinz und ihre Bindungen nach Übersee über ausgewanderte Landsleute in der Folgezeit zu konkreten Ergebnissen. Für die Sonderzone Xiamen spielt außerdem der Faktor Taiwan eine wesentliche Rolle, da die Republik China dort zum Hauptinvestor geworden ist.

Inzwischen hat die Öffnungspolitik hier ebenso wie auf nationaler Ebene ihr eigenes Interessennetz geschaffen, was einerseits die Ausdehnung des Außenhandels und ausländischer Investitionen gefördert, andererseits aber auch zu einem nicht geplanten Importboom von Konsumgütern, zu illegalem Devisengeschäften und wirtschaftlicher Korruption geführt hat. Mit jedem Zyklus wird jedoch eine Rezentralisierung, die den Interessen derjenigen, die von der neuen Politik profitieren, zuwiderläuft, schwieriger. Eine Ausdehnung der Öffnungspolitik wirkt als zentrales Problem das ihrer Kontrolle auf.

Nachdem Howell in den ersten vier Kapiteln seiner Arbeit die Frage beantwortet hat, wie politische Kräfte den Weg von Chinas Öffnungspolitik bestimmt haben, geht er in den folgenden Kapiteln darauf ein, wie diese Öffnung auf den Staat selbst zurückgewirkt hat. Da der Staat in sozialistischen Ländern *die* wesentliche politische Rolle übernimmt, kommt der Wechselbeziehung zwischen wirtschaftlicher Reform und Staat eine grundlegende Bedeutung zu. Inwieweit haben sich aufgrund der wirtschaftlichen Reformen nun Struktur, Funktionen und die soziale des Staats Basis verändert, und inwieweit haben diese Veränderungen den Prozeß von Reform und Öffnung gefördert oder behindert?

Howell stellt fest, daß Reform und Öffnung zu einer Redefinition des Staates der Post-Mao Ära geführt haben. Die Einführung von nationalen und ausländischen Marktkräften hat das Auftauchen eines Staates gefördert, den Howell als "Markt-fördernd" bezeichnet und der zunehmend durch unternehmerische, regulative, legalistische und technokratische Elemente geprägt ist. Die zunehmenden Veränderungen bewirken, daß der existierende Staat einen polymorphen Charakter annimmt, was sich an dem Nebeneinander eines fortbestehenden Komplexes seiner früheren Institutionen und der Saat neuer marktbestimmter Elemente zeigt. Während die überkommenen Kommando-Institutionen weiterhin nach der früheren administrativen Logik verfahren, reagiert eine neue institutionelle Generation auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Marktes. Mit jedem neuen Zyklus, bei dem sich das Ausmaß der Öffnungspolitik erweitert und sich die Außenwirtschaftsbeziehungen konsolidieren, verwurzelt sich auch der "marktfördernde Staat" immer stärker. Es läßt sich neben der Spirale der Öffnungspolitik eine institutionelle Spirale beobachten: Je weiter sich der marktfördernde Staat entwickelt, desto günstiger entwickelt sich das institutionelle Klima dafür.

Den durch Öffnung und ausländische Direktinvestitionen bewirkten institutionellen Wandel beobachtet Howell in einem letzten Kapitel im Bereich der Arbeitspolitik und den damit verbundenen Institutionen und Beziehungen. Da das Hauptziel des Kapitalismus in der Vergrößerung des Profits liegt, was nach marxistischer Terminologie durch Abschöpfung des Mehrwertes der Arbeit geschieht, bedeutet die Einführung von direkten ausländischen Investitionen für einen sozialistischen Staat ein ideologisches und politisches Dilemma. Hier stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß bestimmte sozialistische Traditionen und Prinzipien wie Gleichheit, Vollbeschäftigung und die Abschaffung von Ausbeutung von der staatlichen Führung zugunsten von Modernisierung, Wachstum und Effizienz abgeschafft werden sollen.

Im Zuge der Öffnungspolitik ist es bereits zu wesentlichen Veränderungen im Arbeitssektor gekommen, was auf das staatliche Arbeitssystem und die Beziehungen zwischen Staat, Kapital und Arbeit zurückgewirkt hat. Außerdem hat die Zunahme ausländisch investierter Unternehmen die widersprüchliche Rolle der Gewerkschaften als Anwalt von Unternehmensinteressen einerseits und Verteidiger der Arbeitnehmerinteressen andererseits noch verstärkt. In dem Maße, in dem die offiziellen Gewerkschaften ihre Legitimierung als einzige Form der Arbeitnehmervertretung einbüßen und die offiziellen Wege zur Konfliktlösung an Bedeutung verlieren, vergrößert sich die Wahrscheinlichkeit des Entstehens von freiwilligen Zusammenschlüssen der Arbeiterschaft, deren Vorformen schon während der Demokratiebewegung 1989 zu beobachten waren.

Jude Howell, der als Dozent für Entwicklungsstudien an der East Anglia Universität tätig ist, füllt mit seiner Arbeit eine Lücke in der bisher zur Öffnungs- und Reformpolitik erschienenen Fachliteratur. Seine These von einer spiralförmigen, sich immer mehr ausweitenden Entwicklungsdynamik wird durch Graphiken und einen chronologischen Abriß im Anhang des insgesamt 273 Seiten umfassenden Buches ergänzt und bietet eine seit langem fällige Aufarbeitung der Dynamik eines Entwicklungsprozesses, der für die Zukunft der VR China von grundlegender Bedeutung ist.

Die Untersuchung besticht nicht nur durch seine klare und differenzierte Analyse des Reformprozesses, sondern auch durch den Mut, einen in Hinsicht auf die ständig neu angefachte Menschenrechtsdiskussion unpopulären Standpunkt zu vertreten. So stellt er fest, daß es der KP Chinas im Gegensatz zu den kommunistischen Parteien der früheren Sowjetunion und Ost-Europas gelungen ist, die politische Kontrolle zu behalten und gleichzeitig radikale wirtschaftliche Veränderungen zu bewirken.

Howells Folgerung aus der unterschiedlichen Entwicklung der früheren sozialistischen Giganten leuchtet ein: "Die Auflösung der Sowjetunion und das gleichzeitige wirtschaftliche Chaos legen nahe, daß ein radikaler ökonomischer Wandel am besten mit einer stabilen und einigen Regierung geschieht." Dies bedeutet jedoch kein Vergessen des Tiananmen-Zwischenfalls: "früher oder später wird politische Reform auf der Tagesordnung stehen, und ablehnender Widerstand würde sich für die Reformer katastrophal auswirken. Die gegenwärtige Führung würde gut daran tun, politischem Chaos zuvorzukommen, indem sie Konzessionen hinsichtlich der neu entstandenen Interessen macht, neue Kanäle für das Aufzeigen und die Lösung von Konflikten schafft und die Kontrolle über den Prozeß des politischen Wandels übernimmt." Denn: "Paradoxerweise erfordert der Übergangsprozeß von einer Kommandoplanung zu einer Marktwirtschaft, daß der Staat auch weiterhin eine zentrale Rolle innehat. Auf der politischen Ebene handhabt er neue konkurrierende und miteinander in Konflikt stehende Interessen, und auf der ökonomischen Ebene reguliert er die potentiell gegebene Anarchie der Marktkräfte. Gleichzeitig ändern Reform und Öffnung die Struktur und das Wesen des Staates selbst."

Dem erwachten Riesen ist ein solches Zukunftsszenario zu wünschen.

Bettina Ruhe

**W.J.F. Jenner: Chinas langer Weg in die Krise. Die Tyrannei der Geschichte**  
Stuttgart: Klett-Cotta, 1993

Strittig diskutiert wird derzeit die Frage, ob die Volksrepublik China als ebenso morbides wie anachronistisches Imperium kurz vor der politisch-sozialen Explosion steht, deren Druckwellen weite Teile des internationalen Systems erschüttern, wenn nicht einäschern werden, oder ob auf chinesischem Territorium der dritte Weg zwischen marktgefördertem Chaos und politisch-zentraler Steuerung gegangen werden kann. Die Erfahrungen aus dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa wirken dabei zwiespältig fort: einerseits die Furcht, in China könnten sich ähnliche Bürgerkriegskonstellationen ergeben, national oder ökonomisch motiviert; andererseits eine eher zynische Hoffnung auf eine effektive politische Steuerung durch die herrschende Gerontokratie.

Jenners Buch, eine Zusammenfassung thematisch sehr unterschiedlich gelagerter Essays, wirft Schlaglichter auf die vielen damit zusammenhängenden Fragen, arbeitet sehr einseitige Thesen heraus und verknüpft sie, wenn auch zum Ende hin ein wenig holprig, in der Erwartung, daß die chinesische Gesellschaft, will sie nicht gewalttätig explodieren, einige sehr heftige Impllosionen wird ver-